Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11429**

18. Wahlperiode 07.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Alexander Neu, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat am 9. März 2017 und zum Vorbereitungstreffen der 27 Staats- und Regierungschefs für den Jubiläumsgipfel in Rom am 25. März 2017

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag lehnt die auf den NATO-Gipfeln in Wales und Warschau beschlossene, auf dem Europäischen Rat am 15. Dezember 2016 debattierte und im „Bericht über die europäische Verteidigungsunion“ des Europaparlaments geforderte Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2024 ab.

Berlin, den 7. März 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Der Entwurf der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates am 9.3.2017 spricht sich dafür aus, dass die im ‚Dezember 2016 in Gang gesetzte Dynamik [im Bereich externe Sicherheit und Verteidigung] aufrecht erhalten und verstärkt‘ wird. Damit bleibt auch die Frage der Übernahme der NATO-Forderung, wonach zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts jedes NATO- bzw. EU-Landes für Verteidigungszwecke ausgegeben werden sollen, weiter auf der Agenda der EU. Die NATO-Vorgabe besitzt keinerlei rechtsverbindlichen Charakter – im Gegensatz z. B. zur ODA-Quote, die die Bundesrepublik und andere europäische Länder schon seit langem nicht einhalten. Darüber hinaus ist die NATO-Vorgabe in der deutschen und europäischen Politik und Öffentlichkeit zutiefst umstritten. Auf der Ebene der EU-Regierungschefs führten die Differenzen in dieser Frage vorerst dazu, dass die Forderung zumindest nicht in das Abschlusskommunique des Brüsseler Gipfels vom 15. Dezember 2016 aufgenommen wurde. Auch in Deutschland ist die Regierungskoalition tief gespalten. Während die CDU fest

entschlossen ist, die NATO-Forderung durchzusetzen, scheinen sich Vertreter der SPD kritisch zur geforderten Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf über 60 Mrd. Euro zu positionieren, wie z.B. Außenminister Gabriel: “Es ist völlig unrealistisch, in Deutschland oder bei unseren Partnern den Eindruck zu erwecken, wir würden innerhalb von acht Jahren […] 30 Milliarden Euro zusätzlich in den deutschen Verteidigungshaushalt packen … Es gibt kein apodiktisches Zwei-Prozent Ziel“ (1.3.2017) . Ein Votum des Deutschen Bundestages sollte daher mit Mehrheit die Position beschließen, die die Bundesrepublik Deutschland künftig im Europäischen Rat und auf anderen auswärtigen Treffen einnehmen sollte.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.